

25.11.2015

Kleine Anfrage 4092

des Abgeordneten Dr. Günther J. Bergmann CDU

Personalmangel bei der Polizei im Kreis Kleve beheben

In letzter Zeit häufen sich (Presse-) Meldungen, die auf die knappe Personaldecke bei der Polizei im Kreis Kleve hinweisen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) warnen davor, dass die Polizei im Kreis auf einen massiven Personalmangel zusteuert und begründet dies unter anderem mit dem demografischen Wandel. Die Polizei im Kreis Kleve habe seit 2012 bald mehr als 50 Fehlstellen zu verzeichnen. Seit dem 01.09.2015 bis einschließlich 31.08.2016 verliere die Kreispolizeibehörde Kleve weitere 19 Polizeibeamte/-innen durch Ruhestand und persönliche Versetzungswünsche in andere Behörden. Diese würden nur durch sechs neue Beamte/-innen per Versetzung ersetzt; binnen der nächsten sechs Jahre sollen demnach insgesamt 110 Beamte/-innen in den Ruhestand gehen.

In den nächsten Jahren gehen jene Polizeibeamte/-innen in den Ruhestand, die in den 1970er Jahren im Zuge des sogenannten „Deutschen Herbstes“ (Stichwort: RAF-Terror) zusätzlich eingestellt wurden. Hinzu kommen Ausfälle durch Elternzeit und Kindererziehung, die in der Personalplanung nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ein weiteres Problem sind verwendungseingeschränkte, kranke oder psychisch belastete Beamte/-innen – oft resultierend aus der hohen Arbeitsbelastung.

Das Personal wird natürlich auch der Kreispolizeibehörde Kleve vom Land NRW zugewiesen. Die von der Landesregierung sicherzustellende personelle Ausstattung der Klever Kreispolizeibehörde muss daher schon jetzt entsprechend zukunftssicher in Angriff genommen werden. Ansonsten droht das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort weiter zu leiden, zumal das Thema Sicherheit in einem Kreis mit 140 Kilometern Außengrenze sensibel ist. Wie die Landesregierung in ihrer Antwort (Drs. 16/8338) auf die Große Anfrage der CDU feststellte, werden als Täter grenzüberschreitender Einbruchskriminalität zunehmend überregional und arbeitsteilig vorgehende mobile Täter und Banden ermittelt. Diese Täter, häufig südosteuropäischer Herkunft, reisen aus dem benachbarten Ausland wie etwa den Niederlanden auch nach NRW ein, begehen hier Einbrüche oder auch andere Delikte der Eigentums kriminalität und reisen dann noch am selben Tag bzw. nach nur kurzer Zeit wieder aus. Ähnliches gibt es bei den vermehrt im Kreis Kleve festzustellenden Sprengungen von Bank-

Datum des Originals: 24.11.2015/Ausgegeben: 25.11.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

automaten zu beobachten: Die Täter reisen laut Berichten primär aus den Niederlanden ein, begehen die Straftaten und fahren schnell wieder ins Nachbarland.

Auffallend dabei ist, dass es eine direkte Korrelation zwischen der seit 2012 bestehenden unzureichenden Personalausstattung und der von der Landesregierung in derselben Antwort konstatierten Zunahme am Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger mit Wohnsitz im Ausland an den nichtdeutschen Tatverdächtigen insbesondere im Bereich des Wohnungseinbruchsdiebstahls zu geben scheint.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hoch war die Zahl der Polizeibeamten/-innen im Kreis Kleve in den Einsatzbereichen Gefahrenabwehr und Einsatz, Kriminalitätskontrolle, Verkehrsunfallbekämpfung sowie Wasserschutzpolizei (aufgelistet je zum 1. Januar in den Jahren 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015)?
2. Wie hoch sind die Aufklärungsquoten/Kriminalitätshäufigkeitszahlen für den Kreis Kleve (aufgelistet für die Jahre 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015 im Vergleich zu Landes- und Bundesdurchschnitt) nach den Deliktsformen
 - a. Einbruchsdiebstahl
 - b. Wohnungseinbruchsdiebstahl
 - c. Autoaufbrüche
 - d. Autodiebstähle
 - e. Aufbruch und Sprengung von Geldautomaten
 - f. Körperverletzungen
 - g. Kapitalverbrechen
3. Kann die Landesregierung sicherstellen, dass diejenigen Polizeibeamten/-innen im Kreis Kleve, die in den nächsten Jahren in Pension gehen, durch Nachersatz mindestens kompensiert werden?
4. Wie sehen die Pläne der Landesregierung aus, um den veränderten Lebensumständen der Polizeibeamten/-innen (Elternzeit, Kindererziehung etc.) Rechnung zu tragen?
5. Wann gedenkt die Landesregierung, den wegen der Grenznähe zu den Niederlanden erhöhten Sicherheitsanforderungen im Kreis Kleve durch das belastungsbezogene Verteilungssystem personell gerecht zu werden?

Dr. Günther J. Bergmann